

von gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Entwicklungen beeinflusst wird, zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die politische Landschaft Europas sehr verwunderlich. Darum befinden sich die europäischen Volksparteien zu Recht in der Transformation. Die Frage ist, ob sie die Prozesse der andauernden Postmoderne trotz finanzieller, ideeller und strategischer Einbußen konstruktiv nutzen können und neue Handlungsressourcen erschließen: als Plattformen interaktiven

politischen Engagements und »Treuhand-der von Werten« (Warnfried Dettling), Orte der Vorbereitung außerparteilicher Kompromisse und Koalitionen und Organisationen der milieübergreifenden und flexiblen Interessenintegration. Letzteres bedeutet auch, dass sich Parteien gegenüber Nichtmitgliedern öffnen. Die Aufgabe der Großparteien in Europa wird keine geringere sein, als sich selbst zu konsolidieren und die Legitimität der Demokratie zu erhalten.

Siebo M.H. Janssen

## Die EVP auf dem Weg in die »linke Mitte«?

*Mit dem Austritt der britischen Konservativen aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) nach den Europaparlamentswahlen vom Juni 2009 erscheint eine politische Neuorientierung in Richtung eines »christlich-sozialeren« Kurses der größten Fraktion im Europäischen Parlament inhaltlich wie politisch möglich. Wie stehen die Chancen für einen solchen »Linksruck«, und wird damit das Europäische Parteiensystem insgesamt nach »links« verschoben?*

Siebo M.H. Janssen

(\*1969) Politikwissenschaftler und Historiker, ist Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen zu den Themen: Europäische Integration, Politische Ideengeschichte, Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Politische Systeme der Benelux-Staaten und der USA.  
siebo.janssen@yahoo.de



Die EVP war seit ihrer Gründung nie eine homogene christdemokratische und/oder konservative Partei. Sie umfasst(e) so unterschiedliche Parteien wie die, im christlich-sozialen Spektrum angesiedelten, wallonischen Christdemokraten der CDH und die nationalkonservativen Parteien der PdL des italienischen Premierministers Berlusconi und bis vor kurzem eben auch die britischen Konservativen.

Diese Vielfalt war nicht immer unumstritten, so gab es gegen die Aufnahme der britischen und italienischen Konservati-

ven Anfang der 90er Jahre massiven Widerstand von Seiten der niederländischen und belgischen Christdemokraten, aber auch die französischen Gaullisten ließen deutlich ihre Skepsis erkennen.

Vor allen Dingen auf Druck der CDU/CSU und des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl wurden die italienischen und britischen Konservativen Mitte der 90er Jahre in die EVP aufgenommen. Die offizielle Begründung lautete zwar, um die christdemokratischen und konservativen Parteien Europas zu einigen, inoffiziell lag der Grund aber im ausgeprägten Machtbewusstsein Kohls. Dieser wollte die SPE als stärkste europäische Partei zugunsten der EVP verdrängen, was ihm politisch gesehen in den jeweils folgenden Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) auch gelang.

Bei einigen Mitgliedsparteien der EVP wollte eine reale Begeisterung für das Pro-

jekt allerdings auch nach dem Zusammenschluss nicht aufkommen. Vor allem bei den Christdemokraten der Benelux-Staaten, die eine stärker christlich-soziale Tradition vertreten, war der Unmut über die Mischung aus neoliberaler Wirtschaftspolitik, nationalistischer Politik und Europaskepsis der neuen Mitgliedsparteien deutlich spürbar. Einige Politiker aus den Benelux-Staaten überlegten sogar, eine eigene Fraktion im EP zu bilden, sich somit von der EVP abzuspalten, unterließen diesen Schritt aber letztlich aus taktischen Gründen, weil die Zahl der potenziellen Mitglieder nicht den Status einer Fraktion im EP erreicht hätte.

Im Laufe der folgenden Jahre relativierte sich der Konflikt, da vor allem die flämischen und niederländischen Christdemokraten einen deutlichen Schwenk nach rechts vollzogen. Dies hatte in erster Linie innenpolitische Gründe, lag aber auch in der abnehmenden Identifikation der Wählerinnen und Wähler mit dem europäischen Projekt. Diese abnehmende Identifikation fand ihren Höhepunkt in den negativen Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden 2005. Eine deutliche Mehrheit in beiden Ländern votierte damals gegen die europäische Verfassung und hinterließ die EU innerlich zerrissen und ohne deutliche Zukunftsperspektive.

Die EVP hatte zwar offiziell für die Annahme des Verfassungsvertrages geworben, aber wesentliche Teile der britischen Konservativen lehnten das Vertragswerk, als Sieg der »europäischen Bürokratie« über die britische Tradition, vehement ab. In dieser Stimmung, wie auch aufgrund innerparteilicher Entwicklungen, trauten sich die einstmaligen führenden pro-europäischen Parteien der niederländischen und flämischen Christdemokratie nicht mehr, sich deutlich für einen europäischen, christlich-sozialen Kurs der EVP einzusetzen. Vielmehr begannen sie jetzt die Rhetorik ihrer britischen Fraktions-

kollegen, zwar nicht zu übernehmen, aber doch stärker die nationale Souveränität und Identität in den Vordergrund zu stellen.

Ein weiteres Problem liegt für die EVP in der Aufnahme zahlreicher osteuropäischer christdemokratischer oder konservativer Parteien. Diese sind, in der Regel, innerhalb der EVP auf dem konservativ-nationalistischen Flügel angesiedelt und stehen einer weiteren Vertiefung der EU skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dies liegt einerseits in der erst vor wenigen Jahren zurück gewonnenen nationalen Souveränität begründet, die jede Form von Supranationalität als Einschränkung eben dieser nationalen Souveränität erfahren lässt. Andererseits ist aber auch das Parteienspektrum in den mittel- und osteuropäischen Staaten noch nicht so ausdifferenziert wie in Westeuropa, so dass viele der in den letzten Jahren entstandenen Parteien zwar formal einer »Familie« angehören, häufig aber wenig mehr als der Name sie mit der EVP verbindet.

Diese Gegensätze innerhalb der EVP machten und machen diese zu einem viel heterogeneren Parteienbündnis als die anderen Parteienbünde im EP.

### **Integrierende Sonderrolle der CDU/CSU**

Ideengeschichtlich ist der Widerspruch zwischen der christlich-sozialen und der konservativen Strömung innerhalb der EVP kaum zu überwinden. Die traditionell pro-europäischen Christdemokraten stehen den tendenziell EU-skeptischen bis -ablehnenden konservativen Mitgliedsparteien gegenüber, und auch die sozial- und wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen unterscheiden sich deutlich zwischen den Akteuren.

Eine integrierende Sonderrolle hat hier lange Zeit die CDU/CSU gespielt. Diese verband klassisch christdemokratische

Werte wie soziale Marktwirtschaft und einen stärker kommunitaristisch orientierten sozialpolitischen Ansatz mit einer konservativen Gesellschaftspolitik in Bezug auf Themen wie z.B. Familie, Migration, Innere Sicherheit.

Diese unterschiedlichen Denkansätze innerhalb der CDU sind nicht besonders verwunderlich, da diese doch nach 1945 im Wesentlichen aus zwei unterschiedlichen Parteien der Weimarer Republik zusammengefügt wurde. Einerseits spielte das katholische Zentrum eine wesentliche Rolle für die Entstehung der CDU. Diese katholische Flügelpartei der Weimarer Republik verband die katholischen Wähler mittels einer ausgeprägten, an der katholischen Soziallehre orientierten Politik, andererseits waren die norddeutschen Landesverbände der CDU stark durch die ehemalige DNVP (Deutschnationale Volkspartei) geprägt. Diese vertrat im Gegensatz zum Zentrum, wirtschafts- und sozialpolitisch eher die Positionen der britischen Konservativen und vertrat nationalkonservative bis nationalistische Positionen in der Außenpolitik. Diese differenzierte Positionierung der beiden (Haupt)Gründungsparteien der CDU machten diese zu einem, zwischen den christdemokratischen und konservativen Parteien, stehenden Akteur. Festzuhalten bleibt allerdings, dass die CDU/CSU in vielen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in der Tendenz häufig mit den konservativen Parteien innerhalb der EVP votiert, während sie in Bezug auf die europäische Integration und ihrer weiteren Entwicklung häufig zu den »Motoren« für eine institutionelle Reform und politische Vertiefung der EU zählt(e).

### **Neupositionierungen, Kurswechsel, Metamorphosen**

Die Frage, ob die EVP in ihrer Gesamtheit, bedingt durch den Austritt der britischen Konservativen, ihre politische Positionie-

rung nach links verschiebt, ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu beantworten. Sicherlich ist die Zahl der europaskeptischen Parlamentarier in der EVP durch diesen Schritt geringer geworden. Auf der anderen Seite besteht das oben bereits skizzierte Problem der osteuropäischen Mitgliedsparteien der EVP. Zumindest im Fall der ungarischen Fidesz (Bürgerplattform), die sich in den letzten Jahren von einer (neo)liberalen Partei der konservativen Mitte in Richtung einer nationalistischen Großungarischen Partei entwickelt hat, besteht das Problem, dass sie die EVP deutlich nach rechts verschiebt. Ähnlich problematisch ist die Situation in Bezug auf die italienische PdL (der Zusammenschluss der ehemaligen Berlusconi-Partei mit der neofaschistischen *Allianza Nazionale*, AN).

Der ehemalige AN-Vorsitzende und heutige italienische Parlamentspräsident Fini hat zwar versucht die PdL politisch zu mäßigen und gilt heute als der verlässlichste italienische Politiker der Rechten, hat sich allerdings gegen die Mischung aus Nationalismus, wirtschaftlichem Radikalliberalismus und Ämterpatronage nicht durchsetzen können, sodass auch die Parlamentarier der PdL innerhalb der EVP als politischer Unsicherheitsfaktor gelten müssen, die jeder Volte ihres Vorsitzenden Berlusconi aufgrund persönlicher und politischer Abhängigkeiten folgen werden. Hinzu kommen kleinere konservative Mitgliedsparteien der EVP aus Ost- und Südeuropa, die eine deutliche Verschiebung des politisch-personellen Gesamtgewichts innerhalb der EVP verhindern dürften.

Das größte Problem liegt allerdings nicht bei der Stärke der konservativen Flügelparteien innerhalb der EVP, sondern vielmehr in der Schwäche des christlich-sozialen Flügels begründet. Hier gilt es insbesondere die beiden langjährigen Vorreiterparteien einer christlich-sozialen, pro-europäischen Politik innerhalb der EVP zu nennen. Einerseits die flämischen

Christdemokraten, andererseits die niederländischen Christdemokraten.

Die flämischen Christdemokraten benannten sich 2004 von CVP (Christliche Volkspartei) in CD&V (Christdemokratisch und Flämisch) um. Dies war nicht nur ein Wechsel des Namens, sondern ging auch mit einem tief greifenden inhaltlichen Kurswechsel einher. War die CVP früher eine christlich-soziale, pro-belgische und pro-europäische Partei, so bedeutete der Namenswechsel einen Übergang zur stärkeren Betonung der flämischen Identität und ein langsames Abrücken von Belgien und im minderen Maße auch von der EU, die lange Zeit als »Ersatzvaterland« für die zerrissene belgische Nation stand. Die flämischen Christdemokraten entwickelten in den letzten Jahren ein deutlich flämisch-nationalistisches Profil, mit dem sie ihren Höhepunkt in der Listenverbindung, bei den belgischen Parlamentswahlen 2007, mit der nationalistischen N-VA (Neue Flämische Allianz) erlebte. Hier begaben sich die flämischen Christdemokraten erstmals in das Fahrwasser einer stärker geprägten flämisch-nationalen Identität, die einen skeptischeren Diskurs im Bezug auf die EU führt und sich allmählich von der klassischen pro-europäischen Position löste.

Ähnlich schwerwiegend sind die Veränderungen im Bezug auf den niederländischen CDA (Christdemokratischer Appell) und seiner europapolitischen Metamorphose. Bis Ende der 90er Jahre galt der CDA als eine der pro-europäischsten und christlich-sozialsten Parteien innerhalb der EVP. Dies hatte in erster Linie mit der spezifisch niederländischen Konsensdemokratie zu tun, die bis weit in die 60er Jahren durch die sogenannte »Versäulung« (relativ gleichstarke Grundströmungen – Protestanten, Katholiken, Sozialisten, Liberale, von denen keine dominierte), getragen wurde.

Der CDA und seine Vorgängerparteien hatten durch die notwendige Kon-

sensbildung innerhalb der niederländischen Gesellschaft und Politik, immer ein ausgesprochen christlich-soziales Profil. Man sah sich weniger als konservativ an, sondern vielmehr als christliche Alternative zu den ebenfalls starken Sozialdemokraten der PvdA (Partei der Arbeit) und dem national- und wirtschaftsliberal orientierten VVD (Vereinigung für Freiheit und Demokratie). Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus, erst unter Pim Fortuyn und später unter den beiden ehemaligen VVD-Mitgliedern Rita Verdonk und Geert Wilders, sowie durch die dramatische Abstimmungsniederlage der pro-europäischen Parteien beim niederländischen Referendum über die EU-Verfassung 2005, rückte der CDA allmählich von seinen christlich-sozialen Wurzeln ab und begann, unter Jan Peter Balkenende (seit 2002), einen stärker an neoliberalen, im Verbund mit kommunitaristischen, Marktpositionen orientierten Kurs zu fahren. Auch die europapolitischen Positionen wurden nach 2005 zusehends verwässert. Nicht nur wurde die Kampagne für die EU-Verfassung durch den CDA, zumindest durch die Parteispitze, nur halbherzig unterstützt. Man verfiel innerhalb des CDA, nach dem Referendum, in eine Art politische Schockstarre und überließ das Thema Europa, ähnlich wie die Sozialdemokraten der PvdA und den Liberalen des VVD, den antieuropäischen Gruppierungen der SP (Sozialistische Partei) sowie Wilders PVV (Partei der Freiheit).

### **Bedenkliche Entwicklung**

In diesem Kurswechsel der niederländischen und flämischen Christdemokraten kann durchaus eine politisch bedenkliche Entwicklung für die gesamte EVP gesehen werden. Zwar sind die britischen Konservativen, vordergründig eine europaskeptische und dem Marktradikalismus neoliberaler Prägung verpflichtete Partei, aus

der EVP ausgetreten. Aber dieser Schritt lässt keine Rückschlüsse darauf zu, inwieweit eine Bewegung nach links innerhalb der EVP wahrscheinlich wird. Vielmehr besteht die Gefahr, ausgelöst durch eine allgemeine Europamüdigkeit und verbreitete Skepsis gegenüber der EU in den meisten europäischen Gesellschaften, dass diese den Mitgliedsparteien der EVP (aber auch den europäischen Sozialisten und Liberalen) dazu dient, diese Stimmungen aufzunehmen, und zumindest partiell in Politik umzusetzen, um den erstarkenden anti-europäischen Kräften von Links und Rechts den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Gefahr, die dabei besteht, ist allerdings, die Beispiele der flämischen und niederländischen Christdemokraten belegen dies, dass das europapolitische und soziale Profil der EVP zuungunsten einer

undefinierbaren Mischung aus Euroskepsis und Marktliberalismus verschwimmt und die Wähler am Ende, bei allem politischen Opportunismus, doch lieber das Original als die, historisch gesehen, schlechte Kopie wählen.

Eine derart gewendete und geschwächte EVP wäre weder im Interesse der EU noch im Interesse der europäischen Sozialdemokraten, gilt es doch in den nächsten Jahren, unter den Bedingungen des Lissabon-Vertrages, die EU zu einem politischen, sozialen und ökologischen Akteur auf der Weltbühne umzugestalten. Dieses Ziel können – trotz aller sachlichen Differenzen – EVP und PSE im Kern nur gemeinsam erreichen. Dazu ist es allerdings notwendig, dass sich beide Parteien wieder stärker ihrer wesentlichen Wurzeln – christliche Soziallehre und demokratischer Sozialismus – erinnern.

Karin Priester

## Rechtspopulismus und Demokratie in Europa

*Der populistische Kampf zielt immer auch auf reale Probleme wie Elitenverfälschung, Korruption, überbordende Bürokratisierung und technokratische Gesellschaftssteuerung und ist also nicht nur pure Demagogie. Dahinter verbirgt sich aber der zentrale Angriff auf das liberal-demokratische Staatsverständnis – im Namen von mehr Demokratie. Ist Populismus deshalb eine ernsthafte Herausforderung für die Demokratie oder nur ein episodisches, in seiner Reichweite begrenztes Phänomen?*

**Karin Priester**

(\* 1941) lehrt Soziologie an der Universität Münster.

priestek@uni-muenster.de



Gründe noch die geringste Rolle. So liegt beispielweise die Erwerbslosenquote gerade in jenen Ländern mit den größten rechtspopulistischen Parteien, in der Schweiz, in Norwegen und Dänemark, mit jeweils unter 3 % weit unter EU-Durchschnitt. Entscheidender – und in den 90er Jahren im Zentrum des westeuropäischen Rechtspopulismus – ist dagegen die Entwicklung und die Rolle des Wohlfahrtsstaates. An ihm entzündeten sich zwei Kernmerkmale von Populismus: der Kampf gegen die »ab-

Die Entstehungsgründe für den Rechtspopulismus sind so vielfältig wie die Bewegungen selbst. Dabei spielen ökonomische